

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1920

125 (10.5.1920) Erstes Blatt

Bezugspreis:
in Karlsruhe frei ins Haus
jährlich monatlich 4,50 M.
an den Ausgabestellen ab-
geholt monatlich 4,20 M.
Auswärts durch unsere
Agenturen bezogen 4,60 M.
monatlich, am Postamt
abgeholt monatlich 4,40 M.
vierteljährlich 13,20 M., durch
den Briefträger frei ins
Haus gebracht monatlich
4,75 M., vierteljährlich 14,25 M.
Verlag, Schriftleitung
und Geschäftsstelle
Ritterstraße 1.

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

zusagen:
die Tages-Konferenzzeitung
oder deren Raum a) total
1,40 M., b) auswärts 1,60 M.,
Reklamesp. 5.- M., an
erster Stelle 5,50 M.,
Dabei nach Paris,
Anzeigen-Annahme
bis 12 Uhr mittags,
kleinere Anzeigen (Anzeigen)
bis 4 Uhr nachmittags.
Bernsprechanschlüsse:
Geschäftsstelle Nr. 203,
Verlag Nr. 207,
Schriftleitung Nr. 20 u. 894

Geschäftsführer: Hermann v. Laer. Verantwortlich für Politik: Martin Holsinger; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für den internationalen Teil: Karl Jobe und Hermann Weid; für die Redaktion: Dr. Kurt Heinrich, Friedenau, Freestraße 66/68. Teleph.-Amt 117. Umland 2002. Für unverlangte Manuskripte oder Druckfaden übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beifügt ist.

117. Jahrg. Nr. 125.

Montag, den 10. Mai 1920

Erstes Blatt.

Schwerwiegende Zeugnisse und Mahner.

Die englische Zeitung: „Foreign Affairs“ (Auswärtige Angelegenheiten), ein Blatt zur Anbahnung internationaler Verhandlungen, bringt in ihrer ersten Aprilnummer einen Leitartikel aus der Feder des Brigadegenerals G. B. Thomson, der den leitenden Staatsmännern der Entente zu denken geben, den unsern überaus dienlich sein dürfte. Thomson hat seiner Zeit die afrikanischen Feldzüge mitgemacht. Von 1911 bis 1914 gehörte er dem Großen Generalkomitee an. Er kämpfte dann unter Douglas Haig in Frankreich; 1915 war er an der Spitze einer Militärmission in Rumänien, von wo aus er wiederholt Reisen nach Russland hinein unternommen hat, sowohl vor wie nach der Revolution. Von Juli 1917 bis Mai 1918 diente er in Palästina und ist mit seiner Brigade als erster in Jerusalem eingezogen. Von dort aus gelangte er als militärischer Vertreter Englands in den Obersten Kriegsrat zu Versailles und nahm als solcher an der Friedensverhandlung teil. Endlich hat er den General Smuts begleitet auf dessen Mission nach Ungarn. Wenn einer, so ist General Thomson daher in der Lage, über den Zustand von Mitteleuropa, wie ihn die Entente herbeigeführt und zu befestigen sucht, ein Urteil abzugeben. Er tut es als Engländer.

Zentral-Europa, fährt er aus, wird von zwei Mächten beherrscht: von den Deutschen und den Slawen, die Vormacht der letzteren werde immer aufsteigen; als Vorkämpferin neuer Ideale droht es, über zwei Weltteile zu gebieten. Zwischen Russland und Deutschland, oder im Umkreis ihres Einflusses, sind jene Staaten entstanden, deren Grenzen in Paris festgelegt worden sind, von Männern nur zu kurzem Ausblick, ohne die elementarste Kenntnis der Geographie und Geschichte, die sich durch Gelegenheits- und Rachegefühle leiten lassen, und ihre Befürchtungen zu Rate zogen.

Polen, streng beschränkt auf seine nationalen Grenzen, habe volle Existenzberechtigung, es bedürfe, um zu bestehen und sich zu entwickeln, nur des Friedens; allein ein Polen, das sich über 150 000 Quadratkilometer nicht polnisches Landes breitet, sei, zumal wenn man sieht, wie es in Galizien und der Ukraine schaltet und waltet, gerichtet.

Das tschechisch-slawische Staatswesen sei unheilbar zerklüftet, die Peripherie Böhmens ganz überwiegend von Deutschen bevölkert. Die Slawen würden immer Russland zuneigen. Rumänien sei eine lateinische Dosis in einer slawischen und magyarischen Welt, seine wirtschaftlichen Ueberlieferungen seien deutsche; es liege in Konflikt mit den Südslawen im Banat und mit Bulgarien in der Dobruja. Inessarabien komme es gegen die russische Priesterhaft schwer auf.

Oesterreich ist hilflos und kann, auf sich allein gestellt, nicht bestehen, dessen Aufgehen in einem deutschen Bund unvermeidlich. Süd-Slawien ist dreiteilig. Die Dalmatiner und Kroaten mögen daran denken, eine selbständige Großmacht zu werden und den Italienern die Adria kritisch zu machen. Indes, die serbischen Bayern, die so tapfer um ihre Unabhängigkeit gekämpft haben, werden, als griechisch-katholische Slawen, immer in den Russen ihre Brüder sehen und es mit dem „heiligen“ Russland halten. Das isolierte Bulgarien hat in Griechenland seinen natürlichen Feind und wird Anlehnung bei den Deutschen oder den Slawen suchen. Auch der Türkei wird sich mit den Griechen, die sich auf Kleinasien festgesetzt haben, nie ausöhnen, sondern auf Rache sinnen.

Der Völkerbund, wie er in Versailles geschmiedet worden, wird, meint Thomson, diesen Unbeständen nicht abhelfen. Schließt er doch Deutschland und Russland aus, deren Mitwirkung im Hinblick auf die Wohlfahrt Zentral-Europas am unerlässlichsten ist! Diesen Völkerbund hätte Valfour nur zu richtig gekennzeichnet, als er ihn den „Obersten Rat der Reizeichen Mächte“ hieß. „Solange die Mächte, welche die Verträge geschlossen haben, die zu Unrecht „Friedens“-Verträge heißen, in Paris die Schiedsrichter von Europa spielen, wird keine gesunde oder moralische Führerschaft aufkommen, denn sie haben von einem Kriege, der in Revolution übergegangen ist, nichts gelernt.“ — Nicht zufrieden damit, Verträge angefertigt zu haben, welche die Herzen von Millionen von Deutschen zu Haß entflammten und Europa zu einer grotesken Wüste gemacht zu haben, fahren sie fort, Sowjet-Russland auf das Unmöglichste zu bekämpfen! — „In ihren Händen ist der „Völkerbund“ nur ein Puffer zwischen Parlamenten und vollziehenden Gewalten, ein Dekmantel für Geheimdiplomatie, eine Handhabe der Ausbeutung unter der Maske von Mandaten.“

Es sei, summiert Thomson, zu gewärtigen, daß das demokratische Deutschland sich mit Sowjet-Russland verbünde und verbünde. Oesterreich und Ungarn, Italien oder Süd-Slawien würden sich ihnen alsbald anschließen und sie in der Lage sein, Europa in ihrem Sinne und Interesse umzuqualifizieren. Einem solchen Bündnisse, meint der

Engländer Thomson, sei mit Blockade nicht beizukommen und so müsse dem vorgebeugt werden. Es könne dies geschehen, indem man den derzeitigen sog. Völkerbund in einen wirklichen Friedensbund umwandle. England, zurzeit auf seiner vollsten Macht, das diese unheilvollen Zu-

stände mit herbeigeführt habe, liege in erster Linie ob, ihnen abzuhelfen.

Noch schärfer geht ein weiterer Artikel den Staatslenkern an der Themse zu Felde. Ehre, Humanität und die Interessen des britischen Volkes verlangten, daß es über die Zustände Zentral-

Die Unabhängigen.

S. Von unserer Berliner Redaktion wird uns abgedruckt:

Die unabhängige und die kommunistische Sozialdemokratie veranstalteten am gestrigen Sonntag eine lärmende Protestkundgebung gegen die Beteiligung Deutschlands an einem neuen Plan, Sowjetrußland militärisch anzugreifen, der angeblich von England ausgeht und dessen praktische Ausführung durch den polnischen Vorkrieg nach Kiew bereits begonnen habe. Diese Demonstration ist zunächst völlig gegenstandslos, da absolut nichts darüber bekannt ist, daß die deutsche Regierung irgend welche Absichten gegen Moskau hegt oder eine Beteiligung von anderer Seite ihr nahe gelegt worden wäre. Die deutsche unabhängige Sozialdemokratie hat sich durch ihre vornehmliche Sympathiebekundung für die russische bolschewistische Herrschaft selbst in bemerkenswerter Weise demaskiert. Die Bezeichnung einer deutschen Partei wird sie danach immer weniger beanspruchen dürfen und hoffentlich werden auch viele deutsche Arbeiter, die von den wirtschaftlichen, arbeitslosen wirtschaftlichen und politischen Zuständen in Russland eine Abnung bekommen haben, die Zumutung, für dieses Elend und diesen Blutterror einzutreten, entschieden ablehnen.

Freilich liegt dem unabhängigen Protest gegen jede westeuropäische Intervention in Rußland auch ein sehr egoistisches Motiv zugrunde. Bis hier hat der sozialistische Radikalismus auf die Massen bis zuletzt mit der Prophezeiung auf die Weltrevolution gewirkt, die in allen Ländern die Diktatur des Proletariats herbeiführen werde, wie sie in Russland bereits erreicht sei. Sobald die Gläubigkeit der Massen an diese Zukunft, die von den Agitatoren mit allen Herrlichkeiten kommunistischer Gleichheit und befriedigter Bedürfnisse ausgeschmückt wird, erschüttert ist, muß es mit dem Einfluß des unabhängigen Radikalismus auch zu Ende gehen. Und dieser Glaube würde natürlich nicht vor der Tatsache des ähneren Zusammenbruchs des russischen Volksweltismus noch lange bestehen können, zumal die traurige Wirtschaftsentwicklung Deutschlands selbst die Zweifel in die Wahrheit der marxistischen Heilslehre immer mehr um sich greifen läßt.

Selbstverständlich hat Deutschland gar kein Interesse daran, sich in die politischen Verhältnisse Sowjetrußlands einzumischen, und noch weniger, große polnische Siege und Eroberungen auf Kosten Russlands zu ermöglichen. Sehr wohl aber würde es in unserem Interesse, und gerade auch in dem der deutschen Arbeiter liegen, daß endlich wieder die wirtschaftlichen Hoffungsmöglichkeiten des weiten Russlands für das darbedende Europa aufgeschlossen werden. Daß dies aber unter der Herrschaft Lenins unmöglich ist, scheint inzwischen doch wohl bewiesen zu sein.

England und die Offensive der Polen.

Amsterdam, 10. Mai. (Wolff.) In Beantwortung einer Anfrage im englischen Unterhaus sagte Bonar Law, soweit die englische Regierung in Betracht komme, seien den Polen bei ihren Angriffen auf Russland keine moralischen und militärischen Unterstützungen gewährt worden.

Ende der Feindseligkeiten an der kaukasischen Front?

Amsterdam, 9. Mai. „Westminster Gazette“ zufolge haben an der kaukasischen Front die Feindseligkeiten aufgehört. Die Sowjetregierung hat die Regierung der verschiedenen Staaten den Vorschlag gemacht, sofort Friedensverhandlungen zu beginnen.

Millerand und Lloyd George.

Paris, 10. Mai. Nach einer Meldung des „Temps“ aus London werden Lloyd George und Millerand vom 18. Mai ab bis zum 15. Mai oder auch 16. verhandeln. Die Nachricht, daß Deutschland wegen der Reichstagswahlen eine Verschiebung der Konferenz in Spa verlangen werde, habe England nicht überlassen. Der Gesundheitszustand von Lloyd George, der sehr ernst ist, könne sehr leicht eine Verschiebung der Konferenz nötig machen.

Paris, 10. Mai. Wie der „Temps“ mitteilt, wird Ministerpräsident Millerand jedenfalls nächsten Freitag nachmittag sich in Begleitung des Finanzministers Marfaill nach Falaise begeben, um Vernehmung mit Lloyd George. Der französische Finanzdelegierte in London Venouil wird der Beratung beiwohnen. „Petit Parisien“ erklärt, man erwarte neben Millerand in der kommenden Woche auch Marshall Foch zu sehen.

b. Genf, 10. Mai. (Sig. Drahtbericht.) Nach Meldungen aus Paris glaubt man an eine Verschiebung der Konferenz in Spa auf den 1. Juli, besonders auch deshalb, weil eine schnelle Einigung zwischen Millerand und Lloyd George in den Finanzfragen unmöglich sei. Daher begünstige die Entente den Aufschub.

Nitti über Deutschlands Wiederaufrichtung.

Mailand, 10. Mai. (Wolff.) In der Kammerführung vom Samstag wurde über die auswärtige Politik des Ministerpräsidenten Nitti beraten. Der Sozialist Treves betonte, das adriatische Problem werde weder eine italienische, noch eine ausschließlich jugoslawische Frage sein. Nitti wies die Angriffe zurück, daß er dem englischen Ministerpräsidenten in San Remo blindlings gefolgt sei. Ferner wies Nitti auf das große Interesse hin, das Italien und ganz Europa an der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Deutschlands haben, damit es in die Lage versetzt werde, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen.

Das deutsch-französische Schiedsgericht.

Paris, 10. Mai. (Wolff.) Das im Friedensvertrag von Versailles ins Leben gerufene deutsch-französische Schiedsgericht für private Streitigkeiten zwischen Deutschen und Franzosen ist definitiv gebildet worden.

Die Auslandsbewegung in Frankreich.

Die Postbeamten.

Paris, 10. Mai. (Wolff.) Die Gewerkschaft der Postbeamten hat am Sonntag vormittag in Anwesenheit von etwa 1000 Personen eine Tagesordnung angenommen, in der gesagt wird, man werde die Streikenden unterstützen, falls es verlangt werden sollte. Einige Blätter glauben, daß mit einem baldigen Streik der Postangestellten trotz dieser Tagesordnung nicht zu rechnen ist.

Die Bau-, Metall- und Transportarbeiter.

Paris, 10. Mai. (Wolff.) Der Allgemeine Arbeiterverband (Confédération générale du Travail) hat am Samstagabend beschlossen, den Streik auf die Bauarbeiter, Metallarbeiter und Transportarbeiter auszudehnen. Zu der letzteren Kategorie gehören die Angehörten der Untergrundbahn, der Straßenbahnen, der Autobusse, der Kraftbrotschnecken, der Expeditionen und der Binnenschifffahrt. Der Allgemeine Arbeiterverband wendet sich gleichzeitig in einem Aufruf an das Publikum und erklärt, die Weigerung der Regierung, die Forderungen der Arbeiterklasse in Erwägung zu ziehen, zwingt sie dazu, den Streikbewegung eine weitere Ausdehnung zu geben. Der Widerstand der Regierung werde die Aktion der Arbeiter nicht brechen. Das Ziel der Bewegung sei, die Herrschenden zur Anerkennung der sozialen Kraft der Arbeit und der Notwendigkeit zu zwingen, den Arbeitern den Platz einzuräumen, auf den sie bei der ganz unumgänglich notwendigen Reorganisation der wirtschaftlichen Tätigkeit des Landes Anspruch hätten. Der Allgemeine Arbeiterverband fordert die Arbeiter auf, die Bewegung in Ruhe und Ordnung fortzusetzen.

Paris, 10. Mai. (Wolff.) Die Blätter brachten gestern eine Mitteilung des Sekretärs der Gewerkschaften der Angestellten der Untergrundbahnen, in der die Angestellten aufgefordert werden, die Arbeit am Montag nicht wieder aufzunehmen, sondern Solidarität zu üben, damit die angestrebte Verstaatlichung der Pariser Transportunternehmungen erreicht wird. Ferner wird eine Aufforderung des Bundes der Hafenarbeiter und Dockarbeiter veröffentlicht, die Arbeit auf unbestimmte Zeit ruhen zu lassen.

Paris, 10. Mai. Nach einer Radiomeldung aus Marseille hat die Gewerkschaft der Entladner und Fahrer sich entschieden, am 10. Mai in den Ausstand zu treten aus Solidarität für die Eisenbahner.

Die Bergarbeiter.

Paris, 10. Mai. Havas meldet aus Lille, daß der Verwaltungsrat der Gewerkschaft der Bergarbeiter des Nordens für Montag den Streik der Untertagearbeiter beschlossen hat. Die außerhalb der Gruben beschäftigten Arbeiter sollen nicht in den Ausstand treten und ihre Kameraden geldlich unterstützen.

Paris, 10. Mai. Havas meldet über die Streiklage: In Cranai und in Decazeville haben die Bergarbeiter die Fortsetzung des Streiks beschlossen. In Montpellier haben 800 Arbeiter beschlossen, von Donnerstag ab zu streiken, um sich mit den im Ausstand befindlichen Arbeitern zu solidarifizieren.

Europas und die Hauptursache derselben die Wahrheit erfahre. Diese aber ist: Die englische Blockade hat, für absehbare Zeiten, jenes Europa zerstückt, von dem Deutschland der volkswirtschaftliche Träger ist. Die Anwendung derselben während des Krieges war eine Kriegs-Waffe, ungleich fürchterlicher in ihren Wirkungen als die augenfällige Grausamkeit des U-Bootes. Als Kriegs-Waffe mag sie so gut (aber so wenig) zu rechtfertigen sein, wie andere. Ihre fortgesetzte Anwendung während des Waffenstillstandes aber ist ein Verbrechen gewesen, wie die Geschichte noch keines aufzuweisen gehabt hat; und dies, um einen hilflosen, geschlagenen Feind zu einem Vertragsabschluß zu zwingen, der gegen die Bedingungen des Waffenstillstandes und das versprochene Wort britischer Staatsmänner verstieß. Wenn die Beherrschung, welche die Aufrechterhaltung des bloßen Waffenstillstandes nach beendeten Kriege angerichtet hat, sich nicht als unheilbarer Wunde soll, muß die ganze bisherige Vertrags-Politik von Grund aus abgeändert werden. Alle Beschränkungen der Produktions- und Handelsfreiheit, wie sie der Versailles-Vertrag dem deutschen Volke auferlegt, müssen fallen. Jeder Gedanke an Kriegsentfähigkeit muß aufgegeben werden. Es muß Nahrungsmittel und Rohstoffe erhalten gegen langfristige Kredite. Die Kohlenlieferungen über die besetzten Gebiete hinaus müssen abgestellt werden. Die Forderung der Auslieferung von Schiffen muß fallen gelassen, ein Teil des ungenutzten in Frankreich rostenden rollenden Materials zurückerstattet werden. Sonst wird Deutschland ein Leichnam, dessen Auflösung ganz Europa, England eingeschlossen, vergiften wird. Dem vorzubeugen, liegt im eigenen Interesse des britischen Volkes. Es ist dies auch der Weg der Ehre und der Weg der Humanität — denn die Verschlimmerung der unvermeidlichen Uebel des Krieges zu dem jenseitigen Höhepunkte ist in erster Linie durch die britische Blockade des Weltteils herbeigeführt worden. Diese Wahrheit kann nicht genug beherzigt werden!

Auch ein Franzose kommt in „Foreign Affairs“ in erstaunlicher Weise zu Worte. Charles Gide, wohl der namhafteste französische Nationalökonom, nimmt den Artikel 119 des „Friedens“-Vertrages aufs Korn, gemäß welchem Deutschland auf alle seine Rechte und Besitzungen über See verzichtet. Dies dünkt Charles Gide eine durch nichts zu rechtfertigende Ungeheuerlichkeit. Wenn man, um diese zu rechtfertigen, auf die deutsche Wirtschaft in seinen Kolonien abgehoben hat, so sei das eitel Heuchelei. Sollten die Eingeborenen, die Schwarzen, wirklich die deutsche Herrschaft vermissen haben, so würden sie, wenn gefragt, die englische und französische nicht weniger entschieden von sich gemieden haben. Sollte Deutschland verhindert werden, schwarze Soldaten aufzubringen, zum Kampfe in Europa, so konnte der Zynismus nicht weiter getrieben werden. Während England und Frankreich Hunderttausende ihrer „Schwarzen“ Untertanen auf europäischem Boden gegen Deutschland ins Feld geführt haben, haben die Deutschen im ganzen noch keine zweitausend Mann aufgebracht und diese nur auf afrikanischem Boden eingesetzt! Heute noch habe Frankreich 200 000 Mann Afrikaner unter den Waffen! Gar das Deutschland alle seine überseeischen Besitzungen habe drangeben müssen, damit diese keine Stützpunkte abgeben für seine U-Boote! Dabei ist es ihm unterlagt, auch nur ein einziges U-Boot zu haben! Auch die seltene Wendung von Bourgeois, daß es sich nur um „Grenzregulierungen“ gehandelt habe, weiß Charles Gide nicht genug zu verfluchen. Für das schmale, zwischen dem englischen und dem französischen Besitz sich hinredende Logo lasse sich das zur Not noch hören. Auch das das englische Südafrika das deutsche Südwest als naturgemäße Abrundung ansehen, könne man verstehen. Allein jenes Kamerun, das zweimal so groß ist wie ganz Frankreich? Und jenes Ost-Afrika, das bei Abschluß des Waffenstillstandes noch nicht einmal voll erobert worden war! Die Wahrheit sei, daß England und Frankreich so gut wie ganz Afrika unter sich verteilt hätten. Dabei seien die unschätzbaren Verluste Deutschlands dieien bei der Kriegsentfähigkeit nicht einmal angerechnet worden!

Was gegen die ungeheure Vermutung der deutschen Kolonien vorgebracht worden sei, sei nicht haltbar. Zur Zeit des Kriegsausbruchs hatten die Deutschen in Afrika 4176 Kilometer Eisenbahn gebaut, die Franzosen, obgleich sie über eine viermal so große Fläche verfügten, nur 2500! Die Franzosen selbst hätten kein Hehl gemacht aus ihrer Verbunnenheit über die großartigen familiären Einrichtungen und außerordentlichen Laboratorien, die sie in Kamerun vorgefunden haben.

Charles Gide plädiert für weitestgehende Freigebung Afrikas unter internationaler Kontrolle. Die Franzosen und Engländer dürften sich eine größere Last aufgeladen haben, als sie auf die Dauer zu tragen vermöchten. Schon vor dem Kriege habe Frankreich seinen übermäßigen afrikanischen Besitz nicht zureichend zu nützen vermocht. Es sei wohl jetzt, nach all dem Verlust an Mannschafft und Werten aller Art im Gefolge des Krieges, nicht an der Zeit — seinen überseeischen Besitz durch noch eine Million Quadratkilometer zu vergrößern!

Die Wahrheit ist offenbar auf dem Wege!

Dr. B.

Leonida Bissolati.

Der italienische Volksheld mit dem kassischen Helmbrennen, der, wie gemeldet, vor einigen Tagen im Alter von 63 Jahren in Rom gestorben ist...

Im Gegensatz zu Bissolati, seinem Vorgänger im Amt des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten...

An der Wiege war ihm ein solcher Aufstieg nicht gelungen worden. Er stammte aus Cremona, war unehelicher Abstammung und wuchs in Not und Armut auf...

Die Spaltung der englischen Liberalen Partei.

Paris, 10. Mai. Der Londoner Korrespondent des 'Temps' meldet, die Liberale Koalition würde eine neue Partei, die den Namen 'Nationalliberale Partei' führen werde, bilden...

Bemühungen auf Herabsetzung der Preise in England.

Amsterdam, 10. Mai. Wie aus London gemeldet wird, hat der industrielle Dreieck: Gasarbeiter, Eisenbahner und Transportarbeiter beschlossen, eine Untersuchung über die Teuerung zu veranstalten...

Türkei.

London, 9. Mai. 'Weekly Dispatch' meldet aus Konstantinopel, daß der Sultan, der Kronprinz und die Regierung für den Fall, daß die Türkei durch den Friedensvertrag...

Die Marquise von Arcis.

Schauspiel nach Diderot von Carl Sternheim.

Von der Leitung des Landestheaters geht uns diese Einführung in das am Mittwoch zur ersten diesigen Darstellung kommende Schauspiel zu:

Noch immer scheint jene bössche französische Kultur des 18. Jahrhunderts, die dem demokratischen Zeitalter der Revolutionen voranging, Theater und Literatur der Gegenwart zu befruchten...

So hat denn auch Carl Sternheim, der oft überschätzte Dramatiker der bürgerlichen Komödie, der im 'Bürger Schappel', in der 'Fofe', in der 'Kajette'...

Franzosen im Darnas-Distrikt angegriffen. Die Franzosen standen einer zehnfachen Uebermacht gegenüber. Die Verluste auf beiden Seiten sind schwer.

Die Särgung in Ägypten.

Kairo, 9. Mai. (Voss.) Auf den Minister für religiöse Einrichtungen ist gestern eine Bombe geworfen worden. Der Minister blieb unverletzt. Drei Studenten, die verwundet wurden, sind in Haft genommen worden.

Die Revolution in Mexiko.

New York, 9. Mai. Einem Bericht zufolge haben die Revolutionäre aus El Paso die Stadt Mexiko genommen. Es bestätigt sich, daß Carranza nach Veracruz geflohen ist. Außer den Streitkräften Villas haben sich vier weitere Garnisonen den Revolutionären angeschlossen.

Wider die schwarze Gefahr.

Von Prof. Richard Eichhoff.

Seitdem die Franzosen in das Goethe-Haus zu Frankfurt Marokkaner gelegt haben, haben sie sich um den letzten Rest des Ansehens gebracht, dessen sich ihre Nation bisher erfreute.

Aber wenn schon der Einmarsch in den Maingau ein Bruch des Völkerrechts darstellt, so ist die Verwendung schwarzer Truppen als Besatzung in deutschen Weiten geradezu ein Verbrechen gegen die ganze Kulturwelt.

Der 'schwarze Schrecken', der sich am Rhein ausbreitet hat, bedroht die Frauen und Mädchen täglich und stündlich mit Verbrechen, die das Gewissen der Welt zur Empörung bringen müssen.

In der Tat: die Ehre aller Frauen der Kulturwelt steht auf dem Spiel, und man kann nur wünschen und hoffen, daß die Schande, die die französische Regierung über die ganze Kulturwelt durch ihr Vorgehen gebracht hat...

Herzen, sondern mit dem Kopf lieben) bewacht und lenkt, hezlos und zynisch, die schamlose 'Liebestat' ihres abenteuernden Geliebten, um diesen betrogenen Betrüger schließlich ebenso zu vernichten wie sich selbst.

Die Marquise von Pommeraye, die mit ihrem Geliebten, dem vierzigjährigen Marquis von Arcis, in einem freien lebensgefährlichen Verhältnis alle Launen durchspielt, erkennt, daß sie den verlorenen Freund nur halten könne, wenn sie ihn freiwillig scheinbar freigibt.

Der zerbrochene Krug", zwei verarmte Damen des Landadels, die seit kurzer Zeit in Paris durch Not und Gelegenheit zu dem 'elenden Gewerbe' herabgefallen sind, das die Schönheit Henriettes ihnen erndtlich, sind die agierenden Marionetten in der Hand der rachsüchtigen Marquise.

Die deutsche Republik.

Besteuerung der Baufuttagewinne. Dem Reichsrat liegt eine im Reichsfinanzministerium ausgearbeitete Vorlage zur Beschlußfassung vor, die die Besteuerung der Baufuttagewinne zum Ziele hat.

Der 'Reichsanzeiger' veröffentlicht das Gesetz über die Grundschulden, das Gesetz über die Änderung des Gesetzes über die Wahlen zur Reichsversammlung...

'Deutsche Allgemeine Zeitung.' Dr. Otto Jöbinger, bisheriger Hauptredakteur des volkswirtschaftlichen Teiles der 'Deutschen Allgemeinen Zeitung', ist als vortragender Rat in die wirtschaftspolitische Abteilung des preussischen Finanzministeriums berufen worden.

Kundgebungen in Berlin. In Berlin haben gestern verschiedene Kundgebungen stattgefunden. Außer jener der Turner und Fortisten für ein Spielplatzgesetz...

Reichstagswahlbewegung.

Demokratische Wahlvorschlagslisten.

- 1. Wahlkreis Breslau: 1. Reichsminister a. D. Götze, 2. Sanatoriumsbesitzer Dr. Kocbisch, Obernig, 3. Zahn, Eisenbahnbesitzer, Wagner, 4. Landwirt Gantzer, 5. Pfl. Martha Wilhelm, Wirt, der Ortsgruppe Breslau des Verbandes der weiß. Handwerker und Brauereibesitzer, 6. Landrat Wenzel, 7. Fabrikbesitzer Mann, Breslau, 8. Maschinenbauer Grosser, 9. Ziegeleibesitzer Gerth, 10. Stadtrat Schumann, Waldenburg, 11. Bäckermeister Rancil, Müllisch, 12. Kontor Inhaber, 13. Stellensbesitzer Dder, Rogan, 14. Postsekretär Kretschmer, Breslau, 15. Schriftsteller Dr. Kojic, Breslau.

Badischer Landtag.

Der Arbeitsplan.

Aus parlamentarischen Kreisen hört die Oberheim. Korresp., daß es nicht möglich sein wird, in dieser Woche den Staatsvoranschlag für 1920 und die neue Verfassungsordnung zu verabschieden.

rupien, daß er nicht gut davonkommt. Man meint das Kadetrio vor dem Balkon von Quans zu hören! Das sitzame vornehme Leben und Ansehen der beiden gemieteten Fremden, Zurückhaltung und schlaue Berechnung bringen den jensationalistischen Marquis bald in solche Leidenschaft, daß er maßlos und ohne Bedenken Reichtum, Stand und Hand dem geliebten Mädchen darbietet und die Hochzeit erzwingt.

Scham, Liebe und Verzweiflung treiben sie nachts von dem schlafenden Gemahl in die Flucht hinaus, die im letzten Augenblick von der wachsamem Marquise vereitelt wird. Nichts bleibt erspart. Die Tat wird gebüßt. Die besiegte Siegerin feiert ihren letzten Triumph, indem sie dem bestürzten Marquis die volle Wahrheit ins Gesicht schreit.

Zur Befestigung der Härten im Gehaltstarif.

Bei der im Januar im Rathhausaal in Karlsruhe abgehaltenen Vertreterversammlung des Badischen Beamtenbunds forderte der damalige Finanzminister, Dr. Wirth, die Beamtenhaft auf ihre eigenen Wünsche zurückzustellen und zunächst für die Befestigung der Härten des Gehaltstarifs zugunsten der Eisenbahnbeamten einzutreten.

Das Finanzministerium hat nun dem Beamtenbund mitgeteilt, daß es aus technischen Gründen und mit Berücksichtigung, daß die neue Besoldungsordnung nach dem Vorbild des Reichs mit Wirkung vom 1. April d. J. in Kraft treten soll, nicht möglich ist, die wirklichen Härten der jetzigen Gehaltsordnung und des Gehaltstarifs auf Grund des Gesetzes vom 26. Februar d. J. über einige Änderungen der Gehaltsordnung des Gehaltstarifs durch einen Nachtrag zum Staatsvoranschlag für 1920 zu beseitigen.

Diese Mitteilung ist zwar ein wertvolles Entgegenkommen der Regierung, es reicht aber zu einer völligen Beseitigung der Härten nicht aus. Deshalb kann sich die Regierung bei ihrer für die Beamten so hochwichtigen Entscheidung nicht zu unangenehmigen völlig klaren Entscheidungen entschließen, und weshalb nimmt sie immer zu einschränkenden und unbestimmten Redewendungen wie 'soweit tunlich' und dergleichen ihre Zuflucht?

Badische Politik.

Ordensniederlassungen in Baden.

In Dicksheim haben sich Ordensleute niedergelassen, denen vom Erzbischof von Freiburg die päpstliche Benediction der bekannten Wallfahrtskirche übertragen worden ist.

ja Erlösung wird geschenkt. Es ist die alte süße Weisheit der Wissenschaft, daß um der Liebe willen Liebe erlöset; jene uralte Weisheit die Goethe im Gedicht der 'Gott und die Bajadere' gestaltet hat.

Theater und Musik.

Der Reichsverband der Musiklehrer an höheren Lehranstalten ist kürzlich in Berlin durch den Zusammenschluß der Landesvereine Preußens, Bayerns, Sachsens, Hessens, Hamburgs und Württembergs begründet worden.

Erbauung eines 5. Rheinhafen-Bedens und Erweiterung des Stichtals.

Die Ausführung des dem Bürgerausschuß beschluß vom 23. April 1919 zugrunde liegenden Bauentwurfes über ein fünftes Rheinhafenbeden und die Erweiterung des Stichtals wird mit Ausnahme der Erwerbung des Geländes für das ganze geplante Unternehmen, der Verlegung des südlichen Hochwasserdammes zwischen Darglanden und dem Stichtal, der Ableitung der Federbach, der Schüttung von Lagerplätzen zwischen der bestehenden Dargstraße und dem alten südlichen Hochwasserdamm bei den ehemaligen Preßfütterwerken vorerst auf unbestimmte Zeit zurückgestellt.

Die für die auszuführenden Maßnahmen erforderlichen Anlehenkredite werden erhöht für: Geländeerwerb von 470 000 M auf 690 000 M, Dammbau von 1 020 000 M auf 2 430 000 M, Federbachableitung von 297 000 M auf 820 000 M, Lagerplatzschüttung von 64 000 M auf 600 000 M, also zusammen von 1 851 000 M auf 4 540 000 M.

Nach reiflicher Überlegung ist der Stadtrat zu dem Entschluß gekommen, dem Bürgerausschuß — abgesehen von einer Ausnahme — die vorläufige Zurückstellung der Ausführung der Arbeiten vorzuschlagen. Maßgebend für die Entscheidung sind folgende Gründe:

Die Anlage des Rheinhafens hat sich als eine für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Karlsruhe überaus nutzbringende Maßnahme erwiesen. Besonders seit der Regulierung des Rheines hat die Ansiedelung von Handel und Industrie im Rheinhafen starke Fortschritte gemacht. So konnte dem im Jahre 1898 begonnenen Ausbau der beiden mittleren Beden im Jahre 1909 das Nordbeden und 1912 bereits das vierte Hafenbeden folgen, das 1916 in der Hauptsache fertiggestellt worden ist. Der ausgebauten Hafen umfaßt heute nach Abzug des der Bahn für ihren Betrieb überlassenen Geländes eine nutzbare Fläche von 607 800 Quadratmetern; davon sind 328 600 Quadratmeter verkauft, 68 400 Quadratmeter mit Kaufrecht und 158 600 Quadratmeter ohne Kaufrecht vermietet, so daß heute nur noch 52 200 Quadratmeter übrig sind. Sie liegen größtenteils im Gebiete des vierten Hafenbedens. Ihr Absatz ist wahrhaftig, sobald die restlichen Erschließungsarbeiten (Verlegung der Gleise und Ausbau der Dargstraße) ausgeführt sein werden. Nun ist zwar festzustellen, daß rein privatwirtschaftlich genommen, die Anlage des Rheinhafens der Stadt Karlsruhe bisher keinen Gewinn gebracht hat. Bis Ende 1919 sind für die Anlagen des Rheinhafens aus Anlehenmitteln verwendet 9 222 056 M.

Außerdem hat die Stadthauptkasse zur Verzinsung und außerordentlichen Tilgung (Ausgleich der Wertverminderung) der Anlehenmittel bis Ende 1919 875 552 M aus allgemeinen Wirtschaftsmitteln aufbringen müssen, so daß die Gesamtaufwendungen der Stadt 10 097 608 M betragen. Diesen Aufwendungen stehen gegenüber: Der Erlös aus Gelände- und Maschinenverkauf mit 4 220 166 M. Der Anschaffungswert der Maschinen und des Betriebsmaterials mit 1 025 466 M. Der Baukostenwert der Gebäude mit 1 492 417 M. Der Wert des verkauften Geländes nach den bereits vereinbarten bzw. heute üblichen Preisen mit 8 637 755 M. Zusammen 10 354 804 M. Der verbleibende Ueberschuß von 287 196 M wird aufgehoben durch die zur Fertigstellung des vierten Bedens nachzubewilligenden 1 906 452 M und es verbleibt dann eine Ungültigkeit von 1 619 256 M.

Wenn nun auch dieses ungünstige Ergebnis für die Stadt durch den Beitrag des Staates zum Hafenbau mit 2 Millionen Mark ausgeglichen wird, so läßt sich doch von einem privatwirtschaftlich guten Geschäft der Stadt nicht reden, zumal hinzukommt, daß die Ungunst der Verhältnisse dazu nötigt, allein für das Jahr 1920 680 159 M als Zuschuß der Stadthauptkasse zum Hafenbetrieb vorzusehen. Gleichwohl bleibt es richtig, daß die Anlage des Rheinhafens eine für die Stadt hochbedeutende Tat gewesen ist.

Die im Hafen angelegten 30 Handelsströme und 18 Industriefirmen stellen zunächst für die Stadt als solche eine nicht unerhebliche Steuerquelle dar. In ihnen verdienen ferner etwa 2300 Angestellte und Arbeiter ihren und ihrer Angehörigen Unterhalt. Die Beschäftigung, die durch diesen Zuwachs des Erwerbslebens der städtischen Bevölkerung erfährt, wird noch erhöht durch den Verkehr, den der Betrieb des Hafens der Stadt täglich von auswärts zuführt. So ist der Hafen zu einer wichtigen Quelle der wirtschaftlichen Kraft unseres Gemeinwesens überhaupt geworden. Gerade in unseren Tagen, wo die Einbuße der Stadt als Folge der politischen Umwälzung so deutlich in Erscheinung tritt, haben wir allen Anlaß, die durch die Anlage des Rheinhafens weitestgehend vorbereitete Umwandlung der reinen Beamtenstadt in eine Stadt mit Handel und Industrie als segensreiche Maßnahme zu preisen, die es allein ermöglichen kann, die schwere Krise, in die die Stadt geraten ist, zu überwinden. Es liegt auch kein Grund vor, etwa an der weiteren Entwicklungsmöglichkeit unseres Hafens zu zweifeln. Gewisse Beforgnisse einer für Karlsruhe ungünstigen dauernden Verschlebung der Verkehrsverhältnisse auf dem Rhein als Folge der Grenzverschiebungen des Deutschen Reiches dürfen sich heute als zerstreut gelten, ebenso sind wir der zuversichtlichen Hoffnung, daß die Reduktionsleistung nicht allzu ungünstig auf die Verkehrsstärke des Karlsruher Hafens einwirken wird.

Es kann sich deshalb heute keineswegs um eine Entschleunigung etwa dahingehend handeln, daß eine Erweiterung des Hafens überhaupt unterlassen werden solle. Im Gegenteil muß mit allem Nachdruck festgesetzt werden, daß der Stadtrat nach wie vor an diesem Projekt festhält. Der Hafen ist und bleibt die Zukunftshoffnung der Stadt Karlsruhe. Wohl aber glaubt der Stadtrat eine Verschiebung des Zeitpunktes der Ausführung des Projektes im jetzigen Augenblick empfehlen zu sollen. Zunächst muß berücksichtigt werden, daß die Klärung der Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft, von

der der Stadtrat bereits in seiner vorjährigen Vorlage die Wahl des Zeitpunktes für die Ausführung des fünften Bedens abhängig gemacht hat, leider noch nicht eingetreten ist. Noch weniger unter den alles wirtschaftliche Leben erdrückenden Bedingungen des Friedensvertrags, und noch föhren politische Unruhen und Streiks immer wieder von neuem die Ansätze zu einer beginnenden Aufwärtsbewegung. Irrendwelse Anhaltspunkte für die künftige Gestaltung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse fehlen noch. Es ist aber klar, daß die allgemeine wirtschaftliche Lage auch einen bedeutenden Einfluß auf die Gestaltung des Hafenbetriebs haben muß. Dazu kommt, daß gerade die Rheinschiffahrt unter ganz besonderen Schwierigkeiten zu leiden hat. Es genügt, um das Ungeheuer unserer Lage darzutun, darauf hinzuweisen, daß das Verhältnis der Bahnfracht zur Schiffsracht sich ins Gegenteil verkehrt hat. Während unter normalen Verhältnissen die Schiffsracht weniger als die Hälfte der Bahnfracht betrug, beträgt sie heute mehr als das Doppelte. Dieser Zustand wird eine Lenkung im Sinne der Rückentwicklung zu dem normalen Verhältnis erfahren müssen. Zurzeit aber besteht er und beeinträchtigt naturgemäß nicht nur den augenblicklichen Umschlagsverkehr im Hafen, sondern er mindert auch die Ansiedelungslust von Handel und Industrie. Die Folge ist ein merkliches Nachlassen der Nachfrage nach Hafengelände.

Nun liegen die Dinge durchaus nicht so, daß die Stadt Karlsruhe zurzeit jeder Möglichkeit beraubt wäre, der Industrie Gelegenheit zur Ansiedelung in Karlsruhe zu bieten. Es ist schon erwähnt, daß am vierten Hafenbeden noch 52 200 Quadratmeter verkaufsfähiges Gelände vorhanden sind. Im Gebiet des vierten Bedens liegen ferner 28 000 Quadratmeter noch unangekauft. Ihre Schüttung sollte im Zusammenhang mit dem Bau des fünften Bedens vorgenommen werden. Die Mittel dafür sind im Voraus für das fünfte Beden mitzuenthalten. Ein Teil dieser Fläche — rund 18 000 Quadratmeter — läßt sich aber auch ohne Ausführung des fünften Bedens nutzbar gestalten. Ihre Herrichtung bietet zudem den Vorteil, daß damit das Gleis, das neben der Dargstraße zur Ausschließung der weiter westlich gelegenen Lagerplatzfläche verlegt werden soll, besser ausgenutzt wird und auch ein neben dem jetzigen Hochwasserdamm schon aufgestellter Platzstreifen von etwa 3000 Quadratmeter damit verwertbar ist. Außerdem besteht die Stadtgemeinde in der Gegend der Maschinenbau-Gesellschaft eine große Geländefläche (rund 350 000 Quadratmeter), deren Herrichtung zu Industriezwecken unmittelbar bevorsteht. Es wird also der Stadt möglich sein, mit diesem vorrätigen Gelände auf einige Zeit hinaus das zurzeit verminderte Bedürfnis nach Industriezwecken — wenn auch ohne Wasserfront — zu befriedigen.

Andererseits ist gewiß, daß die Ausführung des fünften Bedens für die Stadt unter den heutigen Umständen eine ungeheure geldliche Belastung zur Folge haben würde. Auf Grund des Vorschlags des Tiefbauamtes vom 20. November 1918 hat der Bürgerausschuß für die gesamten Kosten des fünften Bedens und der Verdrößerung des Stichtals einschließlich der Geländeerwerb und der Hochwasserdammverlegung die Summe von 7 299 000 M bewilligt. In dem zugrunde liegenden Kostenvorschlag waren mit Rücksicht auf die Teuerung die Friedenspreise bereits um 85 Proz. übersteigt. Nach einer Berechnung des Tiefbauamtes vom Januar d. J. würde diese Arbeit auf 18 300 000 M zu stehen kommen, und heute muß man den Gesamtaufwand auf mindestens 30 000 000 M schätzen. Dabei steigen die Preise von Tag zu Tag. Alle Lieferungen und Arbeiten werden nur freibleibend angeboten, so daß es vollkommen unmöglich ist, die schließlichen Kosten heute einigermaßen festzulegen. Für die durch die Ausführung des fünften Bedens zu gewinnende nutzbare Fläche von 280 000 Quadratmetern bedeutet schon ein Gesamtaufwand von 30 000 000 M, auch wenn man dabei jene Arbeitsstelle, die auch späteren Erweiterungen zugute kämen, auscheidet, einen Selbstkostenpreis von 96 M für den Quadratmeter gegenüber dem für die bisherigen Hafenteile errechneten Selbstkostenpreis von 11 M und dem heute üblichen Verkaufspreis von 15 M. Der Mietpreis würde sich für den Quadratmeter auf 5 M pro Jahr gegenüber dem heute üblichen Preis von 0,75 M stellen. Das sind Zahlen, die für Handel und Industrie unerträglich sind, und mit deren Verwirklichung die Stadt nicht rechnen kann. Andererseits ist aber einleuchtend, daß die Stadtgemeinde eine so ungeheure Last nicht übernehmen kann; sie übersteigt bei weitem ihre Leistungsfähigkeit nicht nur, sondern auch den Vorteil, den sie aus der Hafenerweiterung zöge. Eine Lösung brächte die Verteilung der Last auf den ganzen Hafen im Wege der Erhebung von Hafengebühren. Nun ist aber die Stadt Karlsruhe nicht in der Lage, in dieser Richtung selbständig vorzugehen. Aus Gründen der Konkurrenz ist diese Idee nur durchführbar, wenn die anderen Rheinhäfen in annähernd gleicher Lage dasselbe tun. Der Umstand, daß auch diese Häfen Erweiterungen vornehmen müssen und wohl auch kein anderes Mittel zur Deckung der Kosten zur Verfügung haben, läßt die Hoffnung zu, daß ein gemeinschaftliches Vorgehen in diesem Sinne erzielt werden kann. Ungewiß ist aber heute, wann dies der Fall sein wird.

Es darf ferner doch wohl damit gerechnet werden, daß nach Festigung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse eine Senkung der heute noch steigenden Preise eintritt, so daß vielleicht nach einiger Zeit die Ausführung wesentlich billiger zu stehen kommen wird als heute.

So steht also, vom heutigen Standpunkt aus beurteilt, dem zwar nicht abzuleugnenden, aber doch nicht allzu hoch anzuschlagenden Nachteil der Verzögerung in der Ausführung des fünften Hafenbedens die zurzeit noch nicht gelöste Schwierigkeit einer ungeheuren und unerträglichen Last mit der Aussicht einer Erleichterung derselben bei Festigung des Projektes gegenüber. Unter diesen Umständen glaubt der Stadtrat im Verein mit der Rheinhafenkom-

mission die vorläufige Zurückstellung des Projektes rechtfertigen zu können. Bei der Wichtigkeit der Entscheidung aber hielt er es für notwendig, auch die maßgebenden Kreise von Handel und Industrie zu seiner Beratung heranzuziehen. Er hat deshalb die Handelskammer um ein Gutachten zu der zu entscheidenden Frage gebeten. Die Handelskammer hat sich dieser Aufgabe mit erfreulichem Eifer unterzogen. Nach gründlicher Vorbereitung hat sie in Gegenwart des Oberbürgermeisters eine Aussprache der beteiligten Kreise herbeigeführt. Die einmütige Ansicht dieser Versammlung und das auf Grund derselben erstattete Gutachten der Handelskammer decken sich vollkommen mit der Auffassung des Stadtrats. Der Stadtrat wird der weiteren Entwicklung aller einschlägigen Verhältnisse die allergrößte Aufmerksamkeit widmen, um den geeigneten Zeitpunkt für den Beginn der Arbeiten nicht zu verpassen. Vorerst aber soll die Ausführung ausgesetzt bleiben. Eine Ausnahme davon soll wegen der Auffüllung der 18 000 Quadratmeter großen Fläche im Gebiet des vierten Hafenbedens gemacht werden. Ihre Ansiedelung soll alsbald begonnen werden, obwohl die Ausführung im Zusammenhang mit dem fünften Hafenbeden vermutlich etwas billiger zu stehen gekommen wäre. Im Vorschlag sind dafür 64 000 M vorgezogen. Dieser Betrag muß nach den heutigen Verhältnissen auf 600 000 M erhöht werden. Die Nachbewilligung des Unterschiedes ist im Antrag enthalten.

Der Bau von Klein- und Mittelwohnungen durch die Stadt.

Von Bürgermeister Hermann Schneider.

Die traurige Wirtschaftslage, in die der verlorene Krieg uns gebracht hat, hatte schon im vergangenen Jahre zur Folge, daß weder private noch gemeinnützige Genossenschaften in der Lage gewesen sind, ohne Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln Wohnungsneubauten zu errichten. Dem Wohnungsbau als Spekulation ist jeder Boden entzogen, denn die Verkaufserträge ein Vielfaches der Friedenspreise, die Mieten dagegen haben sich dank der Tätigkeit der Einigungsämter und auch aus anderen Ursachen nur um einen Bruchteil jener in Vorkriegszeiten erhöht. Wohnungsneubauten sind aber als einzige durchgreifende Maßnahme gegen die ungeheure Wohnungsnot dringend nötig. Reich, Land und Stadt machen deshalb auch die erdenklichsten Anstrengungen, um die Neubautätigkeit zu fördern. Im vergangenen Jahre wurden bedeutende Mittel als sogenannte verlorene Verkaufs-Zuschüsse zur Verfügung gestellt, welche die Deckung jenes Teils der Baukosten, für den durch die vorausgesetzte Rente keine andere Deckung gegeben war. Auch im laufenden Jahre wird noch von diesem Verfahren in etwas abgeänderter Form (Baudarlehen) Gebrauch gemacht. Das gesteckte Ziel ist aber bis jetzt nur zum Teil erreicht worden. Die Zahl der tatsächlich erbauten Wohnungen bleibt weit hinter jener zurück, die auf Grund der ausgesetzten Summen hätte erbaut werden sollen, und zwar deshalb, weil die zu Beginn des Baues veranschlagten Baukosten durch die fortgesetzten und sprunghaften Preissteigerungen im Verlaufe der Bauzeit durch die tatsächlich erwachsenen Kosten weit überholt werden. Man ist dadurch gezwungen, frühzeitig Abstriche am ursprünglichen Bauprogramm vorzunehmen, weil zur Fertigstellung aller ursprünglich geplanten Häuser die vorhandenen Mittel nicht ausreichen würden.

Diese und auch andere Schwierigkeiten und Unvollkommenheiten bei allen öffentlichen Maßnahmen zur Förderung der Neubautätigkeit haben schon im vergangenen Jahre immer klarer das eine erkennen lassen, daß der einzig mögliche und natürliche Träger des Wohnungsbaues die Gemeinde geworden ist. Noch deutlicher zeigt dies die weitere Entwicklung der Wohnungsbaufrage im laufenden Jahre. In den Bestimmungen über Baudarlehen kommt zum Ausdruck, daß diese Reichsmittel nur zugestanden werden, wenn der Nachweis erbracht wird, daß der durch die Darlehenssumme und den sogenannten rentierlichen Wert des Hauses nicht gedeckter Rest der Baukosten anderweitig sichergestellt ist. Nun beträgt dieser Rest mindestens 70 Prozent der Gesamtkosten, und Private sowohl wie Genossenschaften, die sich in Karlsruhe um die Gewährung von Baudarlehen bemüht haben, vermochten keinen Zweifel darüber zu lassen, daß sie die Aufbringung der noch fehlenden Gelder von der Stadt erwarten. Weiterhin liegt jetzt, wie bekannt, der Nationalversammlung ein Gesetz über Abgaben zum Baukostenausgleich vor, wonach die Inhaber von Wohnungen je nach der Höhe des Mietzinses zu einer Art Wohnsteuer herangezogen werden sollen. Die Erträge dieser Steuern sollen in der Hauptsache den Gemeinden zur Verfügung stehen mit der ausschließlichen Bestimmung, sie zur Herstellung neuer Wohnungen zu verwenden.

Der Wohnungsneubau ist damit endgültig eine öffentliche Angelegenheit, und zwar eine solche der Gemeinden geworden und es verlohnt sich sehr wohl, diese umsträngende Tatsache zum Anlaß erster und reiflicher Überlegungen grundsätzlicher Art zu nehmen, auf welche Weise und zweckmäßigste Weise die Gemeinde die ihr gewordenen Aufgabe lösen soll.

II. Eines ist von vornherein klar: Die Lösung der Aufgabe auf rein bürokratischer Grundlage würde kaum zu allseitig befriedigenden Ergebnissen zu führen vermögen. Das Wohnen übt einen so entscheidenden Einfluß auf das Leben des Menschen, seine kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung aus, daß Wohnungsfragen im Großen nur unter der maßgebenden Mitarbeit der an den Wohnungen unmittelbar interessierten Bevölkerungskreise selbst gelöst werden dürfen. Die Selbstverwaltung allein wird hier in allem den richtigen Weg zu finden imstande sein.

Schon die Verwaltung so vieler Wohnungen durch ein städtisches Amt mühte zu endlosen Unzulänglichkeiten, aber auch zu dauernden, sehr erheblichen und sachlich keineswegs begründeten Aufwendungen führen. Sind die Wohnungen aber im Besitz einer Genossenschaft, der Inhaber der Wohnung selbst Genosse, so sind ungerechtfertigten Ansprüchen von selbst Schranken gesetzt, und der Genosse wird seine Wohnung ebenso pfleglich behandeln, als ob sie sein erbliches Eigentum wäre. Zudem wird der Besitz einer Heimstätte einen nicht hoch genug zu bewertenden Einfluß auf sein Gemeinschaftsgefühl ausüben und ihn und seine Kinder aus engem mit dem Gedelben des ganzen Gemeinwesens verknüpfen.

In Karlsruhe ergeben sich hiernach für die Stadtverwaltung als die berufenen Mitarbeiter die vier bestehenden gemeinnützigen Bau- und Siedelungsgenossenschaften: Mieter- und Bauverein, Gartenstadt Karlsruhe, Gartenstadt Grünwinkel und Danwörker-Baugenossenschaft. Durch sie gewinnt die Stadt nicht nur die materielle Mithilfe, sondern auch die wertvollsten interessierten Kreise, sie schafft damit auch für die ganze Aufgabe eine breite Grundlage und sichert sich die Erfahrung und Mitarbeit einer großen Zahl von Persönlichkeiten, die sich die gemeinnützige Lösung der Wohnungsfrage seit Jahren und Jahrzehnten zum Ziele gesetzt haben.

Die Mitarbeit der Genossenschaften ist zweckmäßig schon beim Bau der Wohnungen selbst ein. Notwendig ist dabei nur die einheitliche Leitung und Führung durch die Stadt, im übrigen aber ist dringend zu wünschen, daß sie unter Wahrung ihrer Eigenart als Selbstverwaltungskörper innerhalb der Gemeinde bestehen bleiben und selbständig die Aufgaben der Herstellung und Verwaltung der Häuser übernehmen und durchführen.

Die Mittel für die von den Genossenschaften zu errichtenden Häusern wären in der Form von Baudarlehen durch die Stadt insoweit zur Verfügung zu stellen, als die Bautkosten die durch die Miete gedeckten Beträge übersteigen und die Genossenschaften nicht selbst noch darüber hinaus eigene Mittel aufzubringen vermögen. Die dabei vertraglich festzulegenden Verpflichtungen der Genossenschaften hätten sich zu beziehen zunächst auf Sicherstellung des notwendigen Einflusses des städtischen Wohnungsamtes, dann aber ganz allgemein auf dauernde Wahrung des gemeinnützigen und öffentlichen Charakters der Wohnungen. Ein maßgebender Einfluß wäre weiterhin der Stadt zu sichern bei Festsetzung der Höhe des Mietzinses und im Zusammenhang damit, ein Anrecht auf wenigstens einen größeren Teil der etwa später eintretenden Renten-Ueberschüsse.

Zur Förderung der privaten Initiative zur Aufbringung der Baukosten wäre auch daran zu denken, solche Genossen in der Zumeistung von Wohnungen (jedoch immer unter Wahrung der Grundzüge des Wohnungsamtes) besonders zu berücksichtigen, die auch ihrerseits bereit sind, größere Summen, ähnlich wie die Stadt, zur Verfügung zu stellen.

Stimmen aus dem Publikum.

(Für Veröffentlichungen unter dieser Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

Unsere Schuljugend.
Es ist schon mehr als genug von der Ueberbürdung unserer Schuljugend geschrieben und gesprochen worden, aber geändert hat sich noch nicht sehr viel. Und doch wäre es nötig, als je, denn die Ernährungsverhältnisse haben sich in nicht geringerem Maße verändert, als die Unterernährung wird je länger, je verhängnisvoller. Unmögliches wird ja nicht verlangt, aber man sollte meinen, manche Erleichterungen ließen sich unschwer durchführen.

Jeder geistig arbeitende Erwachsene wird zugeben, daß achtstündige tägliche Arbeit ein reichlich gemessenes Maß ist. Für unsere heranwachsenden Mittelstufen aber bringt mancher Tag so viel oder kaum weniger. 5 Stunden Schullehrer, 2-3 Stunden zur Anfertigung der Hausaufgaben sind der Durchschnitt für mittlere und gar obere Klassen. Die Hausaufgaben liegen sich doch ganz gewiß ohne Schaden für alle Beteiligten noch wesentlich einkürzen. Man spricht so viel von der Wichtigkeit von Spiel und Sport für das junge Geschlecht; ich möchte nur wissen, wann die Zeit dazu sich finden soll. Von 8-1 Uhr Unterricht, eine kurze Mittagspause, von 2-5 Uhr durchsichtliche Hausaufgaben, dann etwa noch eine Musikstunde oder Musikübungen. Damit ist der Tag dann völlig ausgefüllt.

Der so schöne, aber leider zu schwer ausführbare Plan von freien Wochenenden, das den Schluß auf Freitag mittag legt, mußte fallen. Ein Befehlender, aber immerhin wertvoller Ersatz ließe sich sicher dadurch bieten, daß von Samstag auf Montag gar keine Schulaufgaben gegeben und so 1 1/2 völlig freie Tage erzielt werden. Es ließe sich etwa ohne Gefährdung des Lehrplans und Klassenziels, auch eine Unterrichtsstunde täglich streichen, um im Sommer um 12 Uhr mittags zu schließen und im Winter um 9 Uhr früh zu beginnen. Schlaf und Ruhe sind auch Nahrung für den in der Entwicklung begriffenen Körper und täten unserer unterernährten Jugend besser als manche Schulmeister, die doch nur wieder vergehen wird.

Man wolle die Eltern doch in der Schule auch ein Wort mitsprechen lassen, es waren Elternräte und dergl. geplant. Wir wollen uns gar nicht gar so sehr einmischen, oft genug fehlt es uns ja auch an der nötigen Sachkenntnis, und viele Mühe verberben auch hier den Drei. Wo es sich aber um das körperliche Wohl unserer Kinder handelt, muß den Eltern ein gemächliches Wort angehtanden werden, das man aber dann auch hören sollte. Zu machen wäre es sicher, denn wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

Mater familias.

Briefkasten.

Anfragen werden nur beantwortet, wenn die Abonnementszahlung beigefügt ist. Briefe schließen wir nicht an.

W. B. Wegen des beantragten Einflusses machen Sie am besten ein Gesuch an Ihr Bürgermeisteramt zur Weitergabe oder direkt an den Badischen Brauereiverein hier.